

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnements in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf. Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsvorkehr vierteljährlich M. 1.35, unserthalb desselben M. 1.35, hierzu Bestellgeld 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt

der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklosterle 2c.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzelle. Kostamen 15 Pfg. die Pettizelle. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. F*ornaments nach Uebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 100.

Samstag, den 1. Mai 1909.

26. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. April.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr. Am Bundesratsisch ist Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erschienen. Auf der Tagesordnung steht

die sozialdemokratische Interpellation betreffend die gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der von den Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenkassen.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Severing (Soz.) begründet die Interpellation. Durch die reichsgesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Einrichtungen müsse den zu Tage getretenen Mifständen entgegengetreten werden, insbesondere um die Ansprüche der aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter zu wahren durch die Berechtigung auf eine freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der Kassen zur Rückzahlung der Beiträge. Auch die heutigen bürgerlichen Sozialpolitiker seien nicht einverstanden mit dieser Art Wohlfahrtskassen. Von einer Mitbestimmung und Mitverwaltung der Arbeiter ist keine Rede. Diese Pensionskasse muß dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Als die Pensionskasse entstand, gab es noch keine staatliche Arbeiterfürsorge. Damals fanden die Arbeiter allein in dieser Kasse Gelegenheit, für sich für den Fall der Invalidität und für ihre Hinterbliebenen für den Todesfall zu sorgen. Damals wurden diese Kassen auch von den Arbeitern allgemein als erfreuliche Veranstaltung sozialer Wohlfahrtspflege gepriesen. Nachdem nun durch die Reichsversicherung eine Arbeiterverförgung gegeben ist und nachdem sich der Arbeitsvertrag weiter ausgebildet hat, ist mehr und mehr die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Pensionskassen hingelenkt und geprüft worden, ob die Arbeiter nicht in ihren Rechten geschädigt werden. Der Fortbestand des Versicherungsrechtes ist im allgemeinen abhängig von der Zugehörigkeit zu dem betreffenden Werk. Der Kern aller Beschwerden liegt aber wohl in der Bestimmung, daß für den Arbeiter die Kündigungsfrist wirklich vom Unternehmer ausgesprochen werden kann. (Sehr richtig.) Nun ist vorgeschlagen worden einerseits das Verbot, Wohlfahrts-einrichtungen mit Beitrittszwang zu gründen, andererseits die Bestimmung, daß den ausscheidenden Arbeitern die gezahlten Beiträge ganz oder teilweise zurückgezahlt werden.

Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß es sich um freiwillige Einrichtungen der Unternehmerschaft handelt. Eine gesetzliche Bestimmung, daß der Arbeitgeber einen Arbeiter nicht entlassen darf, weil er einer Vereinigung angehört, die dem Arbeitgeber nicht paßt, ist in unserem gesellschaftlichen Leben ganz unmöglich. (Hört! hört!) Es ist auch unmöglich, durch gesetzlichen Zwang den Kassen den individuellen Charakter zu nehmen und sie auf eine allgemeine Basis zu stellen, wie auch schematisch die Rückerstattung eingezahlter Beiträge durch Gesetz zu regeln. Der einzig gangbare Weg scheint mir zur Zeit der zu sein, daß auf dem Verwaltungswege die Rückerstattung von Beiträgen angebahnt wird. Die Einschränkung des Kündigungsrechtes der Unternehmer müßte auch die Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter mitgedrungen nach sich ziehen. Das würde unseren Rechts- und wirtschaftlichen Verhältnissen vollständig widersprechen. Jeder Arbeitgeber hat die Pflicht, sein Werk so auszustatten, daß der Arbeiter sich dort wohl fühlt, und da darf die Gesetzgebung nicht zu tief eingreifen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Singer findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Osann (ntl.): Wenn Krupp die Beiträge nicht zurückzahlt, so muß daran erinnert werden, daß bei der staatlichen Kasse in Friedrichsord dieselbe Einrichtung besteht, ebenso bei den Postbeamten in Darmstadt und Braunschweig. Auch manche Genossenschaften haben ähnliche Bestimmungen, so z. B. der Holzarbeiterverband, bei welchem freiwillig austretende oder ausgeschlossene Mitglieder keinen Anspruch an das Vermögen des Verbandes haben. Mit der Anerkennung der gegenseitigen Leistungen wird dem sozialen Frieden mehr gedient als durch die Forderung: „Weg mit diesen Kassen!“ (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wiesberts (Ztr.): Unzweifelhaft haben die Werke mit den Einrichtungen Gutes schaffen wollen, deshalb sollten sie sich auch nicht sträuben, eine angemessene Rückzahlung zu gewähren. Bei reinen Wohlfahrts-einrichtungen müßten auch die Beiträge der Arbeiter in Wegfall kommen, denn diese werden als Abzug von dem wohlverdienten Lohn empfunden.

Abg. Cuno (fr. Vp.) bezeichnet gleichfalls eine Reform der Kassen als dringend geboten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt. Schluß 6 1/4 Uhr.

Der Reichstag wird am Mittwoch oder Donnerstag der nächsten Woche einer Einladung des Kriegsministers zur Teilnahme an einer Uebung der Luftschiffereibteilung folgen.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 29. April.

Präsident v. Bayer eröffnet die 174. Sitzung um 9 1/4 Uhr.

Man setzt die Beratung des

Etats des Innern

bei Kap. 38 n, Fürsorge für Arbeitsvermittlung, fort.

Dembold-Gründ (Z.) tritt kurz für den Zentrumsantrag ein.

Minister des Innern Dr. v. Pifchel: Der Wunsch Andres nach einer einheitlichen Stellung der Arbeitsämter sei bereits erfüllt. Die Frage sei auf einer Tagung der württ. Arbeitsämter im Jahre 1907 erledigt worden. Dort sei ausgesprochen worden, daß es mit der absoluten Unparteilichkeit nicht unvereinbar sei, wenn die Arbeitsämter den Nachsuchenden in objektiver, jede Beeinflussung vermeidender Weise auf vorhandene Streiks aufmerksam machen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), um Arbeiter und Arbeitgeber vor Täuschungen zu bewahren. Nicht gleichzuachten aber seien die einen Streik vorbereitenden Lohnbewegungen. Die Mitwirkung des Arbeitsamts bei der Auszahlung von Unterstützungen der Berufsorganisationen geschehe außer in Stuttgart auch noch in Hall, Ludwigsburg und Ulm. Diese Mitwirkung sei nicht eingeführt worden im Interesse der Verbände, sondern in der Absicht, die städtischen Arbeitsämter zu stärken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man wolle den Zuschub zu den Arbeitsämtern verstärken, um die privaten Stellenvermittlungen auszuscheiden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als Landeszentralstelle des Arbeitsnachweises habe das Stuttgarter Amt sehr wohlthätig gewirkt. Wenn das Mißtrauen nicht aufhöre, werde es sich fragen, ob nicht im Interesse des allgemeinen Vertrauens die Einrichtung wieder aufzuheben sei. Das Beweismaterial des Herrn Andres scheine aber auch ihm nicht beweiskräftig zu sein. In der Frage der Privatstellenvermittlung seien die Vorarbeiten der Regierung unterbrochen worden durch eine Mitteilung des Reichsamts des Innern, daß ein reichsgesetzliches Vorgehen nach dieser Richtung geplant sei. Es sei geplant, die Tagen durch die Landesregierung festzusetzen. Die Erlaubniserteilung sollte im einzelnen Falle von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden; ferner sollen die Vermittlungen wohlthätiger Vereine und Organisationen den allgemeinen Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung unterstellt werden. Die Reaktionen habe sich mit diesen Vorschlägen einverstanden

Dem Dammern lebe ich den Börsartigen vor; denn dieser ruht doch manchmal aus.

Alexander Dumas.

Das Haus am Rhein.

Roman von Anny Bothe.

(Fortsetzung.)

Und wie Irngard auf den Einsamen im kleinen Schifflein blickte, dessen Gesichtszüge sie in der Entfernung nicht unterscheiden konnte, da kam ihr plötzlich eine andere Erinnerung — eine Erinnerung so traumhaft süß und doch so weh, so unsagbar weh! Und wie kam es, daß jetzt nach langer, langer Zeit, diese Gedanken sie überfluteten? Sie wußte es selbst nicht. Waren sie ihr doch im Laufe der Zeit in allem Schmerz und in der steten Sorge ihres jungen Lebens abhanden gekommen, bis sie hier die traumhaft stille Mondenacht am Rhein wiederbrachte.

Mehr als zehn Jahre mochten verflossen sein, als sie auch ein so junges, heiteres Ding war, wie oben links. Wenn auch nicht ganz so ausgelassen, denn der Verlust ihres kleinen Vermögens hatte Irngard's Vater in ein frühes Grab gebracht und einen trüben Schatten in ihr junges Dasein geworfen, aber doch von echter, wüchter Herzensfröhlichkeit.

Irngard's Mutter hatte, um ihren Besitz zu vermehren, damit sie ihrem einzigen Kinde eine gute Erziehung geben konnte, ein schönes, sonniges Stübchen an einen jungen, damals vielleicht fünfundsiebzigjährigen Maler vermietet, der sich durch sein reiches, herzliches Wesen gar bald die Zuneigung der Mutter und der Tochter erworben. Bei ihm erhielt auch Irngard ihren ersten Mal- und Zeichenunterricht und oft wanderts sie an seiner Seite hinaus in den duftigen

Blütenpark vor dem Tor, um unter des Malers Anleitung Naturstudien zu machen.

Frau Dären sah in dem vertrauten Verkehr der jungen Leute nichts Besonderes, denn der Maler, Gerhard Widenstein geheizen, war ein vernünftiger Mann und Irngard — Irngard war noch ein Kind!

Und eines Tages, es war an einem milden Sommerabend, gerade an Irngard's sechzehnten Geburtstag, da ging sie wieder mit dem Maler hinaus, bis hin zu dem blauen See, auf dem die Wasserrosen leise nickten und an dessen Rande blaue Blüthen wie Sternelein standen. Und Irngard brach jubelnd ein solch blaues Blüthenlein und reichte es Gerhard leuchtenden Auges entgegen. Und dieser nahm das kleine Sternchen und blickte lange, lange auf die knospende Mädchenblume und sein Auge tauchte tief in das ihre.

„Hast Du mich lieb?“ fragte er innig und legte seinen Arm um die schlauke Gestalt.

„Ach über Alles!“ rang es jubelnd zurück und zwei weiche Arme legten sich um seinen Hals.

Er küßte fast scheu Irngard auf den bebenden Mund und dann gingen sie Seite an Seite und Arm im Arm, den Himmel im Herzen, der Heimat zu.

Wie das da klopfte und stürmte in dem jungen Herzen Irngard's, die so selig lächelnd an des Geliebten Seite hing.

Die Sonne sank tiefer und tiefer, der Mond zog herauf und noch immer durchwandelten die glücklichen Menschenkinder den blüthenduftenden Hain. Die Vögel sangen und fern her tönte ein Virenenruf.

Wie oft Irngard am folgenden Tag vor der Tür Gerhard's lauschte, ob er denn noch nicht zur Mutter käme. Aber der Maler kam nicht und als die Zeit der Stunde kam, die er ihr geben mußte, da ging sie nur ganz schen und zaghaft hinüber in sein Atelier.

Er war aber nicht da, er hatte nur einen Zettel zurückgelassen, daß er ausgehen sei und er ihr morgen die Stunde im Park geben wollte und zwar hätte er

eine wunderschöne Baumgruppe entdeckt, die sie zeichnen sollte.

Frau Dären blickte ängstlich forschend auf ihr Töchterchen, als es sich den andern Vormittag zum Ausgehen bereit machte.

„Hast Du mir nichts zu sagen, Irngard?“ fragte sie leise und fast vorwurfsvoll.

„Habe Geduld, Mama,“ bat Irngard heiserstöhnend.

„Wenn ich wiederkomme, sollst Du alles wissen.“

Und sie war hinausgegangen in die sommerliche Nacht an der Hand des Malers und er hatte sie seine „süße, kleine Maus“ genannt, und als sie zu der genannten Baumgruppe kamen, wo es ganz still war und kein Spaziergänger zu erblicken, da hatte Gerhard sie wieder herzhaf auf den Mund geküßt und allerlei liebes, närrisches, tolles Zeug geplaudert und als sie endlich dazu gekommen war, ihn zu fragen, weshalb er denn gestern nicht zu Mama gekommen wäre, da hatte er sie ganz beflusst angesehen und gesagt: „Was Du doch dumm bist, Närrchen, meinst Du vielleicht, daß wir ruhig genug gewesen wären, uns nicht zu verraten — ich hätte mich sicher nicht beherrschen können.“

„Aber das wäre doch auch garnicht nötig gewesen!“ hatte Irngard da geantwortet. „Mama ist doch recht so gut. Die würde doch sicher nichts gegen unsere Liebe haben. Warum willst Du ihr denn nicht sagen, daß ich Deine kleine Frau werden soll?“

„Du, Irngard, meine Frau? So, wer hat denn das gesagt? Wie kann denn ein junger Maler wie ich, der erst noch die ganze Welt erobern will, an eine Frau denken — sei doch nicht närrisch, Kind! Laß' uns der Gegenwart und unserer Liebe leben.“

Und Irngard hatte sprachlos entsetzt dem Maler in das freiche Antlitz und in die lustigen, dunkeln Augen geschaut. Unsonst rang sie nach Worten — es war in ihrem Herzen, als sei alles um sie her tot und leer und sie selbst gestorben.

Fortsetzung folgt.



den erklärt; sie hatte eine Parallellaktion für überflüssig. Die Frage der Arbeitslosenversicherung sei noch nicht spruchreif. Es sei unmöglich, Kampforganisationen, wie es die freien Gewerkschaften seien, durch öffentliche Mittel zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Mittel zu Kampfwegen bereitzustellen. Er anerkenne durchaus die Tätigkeit der freien Gewerkschaften insbesondere auf dem Gebiet des Unterstufungswezens. Trotzdem sei er nicht unbedingt gegen Aufwendungen von kommunalen Mitteln für die Arbeitslosen, namentlich dann, wenn diese Unterstützung den Armenetat belaste. Er möchte sowohl gegen den Antrag Dr. Lindemann als auch gegen den Antrag des Zentrums sprechen. Der Kommissionsantrag sei zwar recht schön und koste nichts, habe aber keinerlei praktische Bedeutung.

Andre (Z.): Mit seinen gestrigen Ausführungen habe er in ein Wespennest gestochen; das habe er schon vorher gewußt. (Heiterkeit links.) Es sei auffallend, daß gegenüber seinen gestrigen Angriffen in erster Linie die Sozialdemokratie drei Verteidiger des Stuttgarter städtischen Arbeitsamts ins Feld geschickt habe. Das wäre doch in erster Linie Sache des Abg. v. Gauß gewesen. Die Klagen über das Stuttgarter Arbeitsamt seien alt. Den christlichen Organisationen sei nichts übrig geblieben als die Flucht in die Defensivität. Er verkenne die Erfolge der freien Gewerkschaften nicht; aber im Verhältnis zur Mitgliederzahl leisten die christlichen Gewerkschaften dasselbe. Redner bespricht sodann noch die Frage der Arbeitslosenversicherung. Bauernbund, Volkspartei und Deutsche Partei sollten mehr für die evangelischen Arbeiter sorgen, um diese nicht vollends in die Hände der Sozialdemokraten zu treiben. Der Arbeiter wolle nicht bloß seinen Stimmzettel abgeben, sondern er wolle, daß man auch für ihn Sorge. Daß eine Arbeitslosenversicherung nur im Wege der Reichsgesetzgebung angängig sei, glaube er nicht. Er bedaure, daß der Minister nicht entgegenkommender gewesen sei, und bitte um Annahme des Zentrumsantrags.

Liesching (Sp.): In Sachen des Stuttgarter städtischen Arbeitsamts schließe er sich dem an, was v. Gauß gestern gesagt habe. Die Arbeitslosenversicherung halte er prinzipiell für richtig. Er glaube aber auch, daß die Frage nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung gelöst werden könne. Die Regierung solle der gesetzlichen Regelung der Frage unter die Arme greifen, damit der gegenwärtige unbefriedigende Zustand bald aufhöre.

Dr. Lindemann (Soz.) legt aus den Verhandlungen der Finanzkommission dar, daß die Darstellung Andres über das Entstehen des Zentrumsantrags unrichtig sei. Redner verbreitet sich sodann eingehend über die Frage der Arbeitslosenversicherung. Es handle sich doch nicht mehr darum, in schönen Reden die Frage wieder und wieder zu behandeln, sondern einmal etwas Praktisches zu tun. In der Volkspartei scheinen sich zwei Richtungen zu bilden, eine soziale und eine sozialpolitisch fortschrittlich denkende. Der Redner bespricht sodann das Genter System und verteidigt dessen Vorzüge gegen die gehörten Einwände. In den Bestrebungen der Gewerkschaften, die Arbeiterschaft nicht auf den Boden drücken zu lassen, liege ein eminentes öffentliches Interesse. Das Genter System habe einen Siegeszug angetreten und habe sich überall, wo es eingeführt worden sei, bewährt. Das Zentrum sollte sich auf den Boden des sozialdemokratischen Antrags stellen, dann wäre für die Arbeiterschaft ein wesentlicher Fortschritt erzielt. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Minister des Innern Dr. v. Pischel: Der Vorwurf, daß der Deutsche in allen wichtigen Fragen zu theoretisch sei, sei gerade auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung am wenigsten begründet. Hier sei der Deutsche mit frischem Wagemut vorangegangen. (Sehr richtig!) Der Minister geht sodann nochmals auf das Genter System ein.

Kembold-Gmünd (Z.): Das Zentrum habe sich nicht gegen das Genter System, sondern dagegen ausgesprochen, daß man den Gewerkschaften Beiträge geben solle ohne jede Kontrolle.

v. Gauß (Sp.): Er sei sich nicht bewußt, daß er jemals in sozialpolitischen Dingen Theorien aufgestellt habe; Dr. Lindemann sollte sich an die Brust klopfen und sich fragen, ob er nicht selber schon solche Theorien aufgestellt habe. (Heiterkeit.) Andre habe gesagt: Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Diesen Satz dürfe nur der aussprechen, der den Weg wisse. Andre aber wisse den Weg nicht.

Matutal (Soz.): Dem Abg. Andre sei seine heutige Abwehr nicht gelungen. Er habe für seine Behauptungen keinen Beweis erbracht. Andres Beschwerde über das Stuttgarter Arbeitsamt sei unsowohl merkwürdiger, als sie sich gegen einen Beamten richte, der selber der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehört habe und wahrscheinlich heute noch angehört. (Hört! Hört!)

Die weiteren Ausführungen des Redners sind rein polemischer Natur und richten sich hauptsächlich gegen den Abg. Andre.

Andre (Z.) erwidert hierauf in Kürze. Präsident v. Pacher: Wenn in den Ausführungen Matutals der Ausdruck gefallen sei, daß Andre mit Kenntnissen überhaupt nicht beschwert sei, so müsse er diesen Ausdruck rügen.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Dr. Lindemann (Soz.) wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte in namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 24 Stimmen abgelehnt. (Gegen den Antrag stimmen alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Abgg. Staudenmaier, Dr. Bauer, Behr, Dr. Gisele, Felger, Liesching, Löchner, Rägele von der Volkspartei; Andre enthält sich der Stimme.)

Der Antrag des Zentrums wird in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 31 Stimmen angenommen. (Dafür stimmen Zentrum und Sozialdemokraten.)

traten sowie von der Volkspartei die vorher genannten Abgeordneten.)

Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung.

Schluß 1/2 Uhr.

Rundschau.

Die Reichswertzuwachssteuer vor der Finanzkommission.

Die Regierung beharrt auf der Erbschaftssteuer.

Die Finanzkommission des Reichstags, in die die Parteiführer als Mitglieder eingetreten sind, begann die Erörterung des konservativen Antrags auf Einführung einer Reichswertzuwachssteuer. Die Nationalliberalen verlangen eine Erbschaftsteuer für Deszendenten und Ehegatten, sowie, falls dadurch 100 Millionen nicht einkommen, für den Rest eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien. Die Freisinnigen verlangen eine Erbschaftsteuer, sowie daneben eine progressiv abgestufte Steuer auf das bewegliche Vermögen. Die Sozialdemokraten wünschen eine Nachlass-, Vermögens- und Einkommensteuer. Außerdem eine Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere. Die Sozialdemokraten schwimmen also bezüglich des letzteren Punktes in agrarisch-konservativem Fahrwasser.

In der Diskussion gab zunächst der Reichsparteiler **Gamp** die Erklärung ab, daß seine Ausführungen in der Dienstagabendsitzung in der Presse falsch wiedergegeben worden seien. Seine Partei wolle die Erbschaftsteuer nicht fallen lassen. Ein Konservativer erklärte, daß seine Partei nach wie vor jede Heranziehung der Erbschaften zur Deckung des Reichsbedarfs ablehnen müsse. Der freisinnige Führer erklärte den konservativen Antrag auf eine Wertzuwachssteuer bei Immobilien als allenfalls diskutabel, sie bleibe aber besser den Gemeinden überlassen. Die Steuer auf den Wertzuwachs bei Wertpapieren sei sachlich unannehmbar, praktisch undurchführbar und politisch indiskutabel. Seine Freunde bestehen auf der Ansicht, daß ohne Hineinziehung der Erbschaften die Reichsfinanzreform nicht gemacht werden könne.

Darauf folgte die ausführliche Begründung des konservativen Antrags. Sodann erklärte der Reichssekretär **Sydow** zur Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien, es fehle sehr an Erfahrungen. In erster Linie seien die Gemeinden zu berücksichtigen und der Ertrag werde niemals über 20-30 Millionen hinausgehen. Trotzdem sei er bereit, den Entwurf einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien auszuarbeiten zu lassen, vorbehaltlich der Beschlußfassung der verbündeten Regierungen. In normalen Zeiten brauche man dazu 1 1/2-2 Jahre; er wolle sofort an eine Ausarbeitung herantreten.

Der preussische Finanzminister **v. Rheinbaben** führte die Bedenken gegen den Antrag unter Erörterung der preussischen Verhältnisse weiter aus. Trotz aller entgegenstehenden Bedenken wolle er aus dem Bestreben heraus, den Reichsfinanzen aufzuhelfen, auf die Immobilienwertzuwachssteuer eingehen, aber vor Illusionen müsse man sich hüten.

Sodann legte der Reichsbankpräsident **Havenstein** die Gründe gegen eine Zuwachssteuer auf Wertpapiere dar. Er faßte sein Urteil dahin zusammen, daß eine solche Steuer Handel und Verkehr unerträglich belaste und würde, tatsächlich undurchführbar sei und den Staatskredit schädigen würde.

Der Reichsfinanzsekretär **Sydow** erklärte weiter, die Reichsfinanzverwaltung sei bereit, in Erwägung über eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien einzutreten. Eine solche auf Wertpapiere begegne unüberwindlichen Schwierigkeiten. Er lehne ein Eingehen auf sie ab. Im Namen der verbündeten Regierungen, so schloß der Staatssekretär mit erhobener Stimme, habe ich zu erklären: ohne Erweiterung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten wird eine Reichsfinanzreform nicht zu Stande kommen und darf nicht zu Stande kommen. — Die gestrige Meldung von dem Unfall der Regierung scheint also doch eine Tartarennachricht zu sein.

Königin Wilhelmine von Holland von einer Tochter entbunden.

In den letzten Tagen war Holland stark in Not. Die Befürchtung, daß die Entbindung der Königin Wilhelmine nur nach ärztlichem Eingriff wird erfolgen können, hat sich bewahrheitet. Die Königin hatte seit Mittwoch abend heftige Schmerzen auszustehen. Endlich in der Frühe des heutigen Freitag ist eine kleine Prinzessin erschienen und hat der Not Hollands ein Ende gemacht.

Aus der neuen Türkei.

Der Aufenthaltsort **Abdul Hamids**, über den bisher die Nachrichten so widerspruchsvoll lauteten, steht jetzt fest: Der Sultan ist nach Saloniki gebracht worden. In der Nacht auf Donnerstag ist er mit elf Frauen, zwei Prinzen und sechs Personen seines ehemaligen Hofstaates im Extrazuge dort eingetroffen. Er wurde auf dem durch Militär abgesperrten Bahnhof von mehreren höheren Beamten und von **Hobitani Pascha** erwartet und unter Kavallerieeskorte nach der **Villa Mlatini** gebracht, wo er interniert und streng militärisch bewacht wird. Die Fahrt **Abdul Hamids** von Konstantinopel nach Saloniki ging, wie es weiter heißt, ohne Zwischenfall von statten. **Abdul Hamid** war sehr niedergeschlagen und abgespant. Er schien unter dem Eindruck der letzten Ereignisse zu leiden.

In Konstantinopel ist alles ruhig, es zirkulieren Gerüchte, daß für den letzten Samstag, dem Tag des Einrückens der Verfassungstruppen, auf Anstiften des des **Erzulians** ein großes Gemächel in Konstantinopel geplant war. Die Kurden sollten mit den **Sodschas** und den Soldaten der Garnison über die Armenier und über die Christen herfallen. Solche Gerüchte waren schon früher im Umlauf, aber ohne be-

stimmte Hinweise, die jetzt vorhanden sind. Als leitender Gedanke wird angenommen, daß der Sultan dadurch die Einmischung der Mächte und die Erhaltung des Thrones für seine Person bezweckt habe. — **Mustar Pascha** hat mit der Kabinettsbildung begonnen. **Salih Pascha** ist zum Kriegsminister, der **Deputierte Mehmed Djavid** zum Finanzminister und der **Abdokat Sabri Bei** zum Justizminister ernannt worden, während **Husein Hilmi** das angebotene Ministerium des Äußern ablehnte.

Wie ein Londoner Blatt aus **Mersina** (Kleinasien) meldet, sind zwei dort gelandete türkische Regimenter am vergangenen Samstag nach **Adana** marschiert und haben in der Nacht zum Montag unter den dortigen Armeniern ein furchtbares Blutbad angerichtet. Alles armenische Eigentum wurde in Brand gesteckt, wobei an tausend Armenier bei lebendigem Leibe verbrannt sein sollen. Die fliehenden Armenier wurden von der Soldateska niedergeschossen. In der Provinz **Adana** seien, soweit es sich bis jetzt schätzen lasse, etwa 30 000 Menschen getötet worden. Ungeheuer sollen auch die materiellen Verluste der Europäer sein. — Nach einer weiteren Konsularbesprechung aus **Mersina** ist **Adana** beinahe eingekesselt. Die katholischen Missionsanstalten der Jesuiten und der **Josephinerinnen** sind teilweise verbrannt; die Insassen sind getötet. Angeblich ist auch eine protestantische Missionsanstalt abgebrannt.

Aus Württemberg.

Für pensionierte Eisenbahner. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat verfügt: „Die Unterstufungsgehälter des aus dem Dienst geschiedenen Personals und seiner Hinterbliebenen sind vielfach von dritten Personen geschrieben, wofür wohl meistens eine Vergütung zu zahlen ist. Die in Betracht kommenden Leute sind bei Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihr Anliegen mündlich der nächsten geeigneten Dienststelle (Inspektion, Station, Bahnmeisterei) vortragen können, wenn sie zur Abfassung eines einfachen Gesuchs, das sich auf kurze Angaben über die augenblickliche Lage beschränken kann, nicht selbst instande sind. Die Dienststellen werden angewiesen, über solche mündlich vorgebrachte Gesuche eine kurze Verhandlungsschrift aufzunehmen und diese, erforderlichenfalls mit dem Ergebnis der weiteren Erhebungen, im Dienstweg vorzulegen. — Ferner hat die Generaldirektion, um den Wünschen der Interessenten entgegenzukommen, bestimmt, daß Bestellungen von Wagen an dem der Beladung vorausgehenden Werktag bis 11 Uhr vormittags anzunehmen sind.“

Aus Zeppelin's Revier.

Vom preussischen Kriegsministerium ist nun definitiv bestimmt, daß das Reichsluftschiff **Z 1** in **Meß** stationiert wird, wo Hauptmann **George** bereits gestern mit einem Kommando Hilfstruppen eingetroffen ist. Die neue Zeltställe auf dem Gelände dürfte in den ersten Tagen des Mai vollendet sein, so daß **Z 1** sofort hinüberfliegen kann. Nach Verbringung des Ballons dorthin werden die Einzelballonets entleert und das Flugschiff selbst zur Ueberfahrt nach **Meß** fahrtüchtig gemacht, so daß nur noch eine Neufüllung des Flugschiffs statzufinden braucht. Das Luftschiff **Z 2** schreitet seiner Vollendung entgegen, es wurden schon Proben in der Werkstätte mit Motoren mit besonderen leichten Antriebsvorrichtungen neuester Konstruktion, die noch geheim gehalten wird, vorgenommen. Am gleichen Tag, an welchem **Z 1** in die Zeltställe überfledelt, wird **Z 2** zur schwimmenden Reichshalle geschleppt, dort vollends fertig gemacht, die Einzelballonets eingepaßt und einmontiert und das ganze Gerippe mit der äußeren Hülle, die aus Pergament bestehen wird, überzogen. Diese Arbeiten dürften etwa acht Tage beanspruchen, so daß noch vor Pfingsten **Z 2** nach **Köln** gefahren werden könnte. Oberleutnant von **Mastus** mit seinen noch hier weilenden Oberwachungsmannschaften, sowie **Oberingenieur Müller** reisen anfangs Mai nach **Berlin** zurück, um an den Fahrten des Militär- und Paravalballons teilzunehmen. An hiesiger Station bleibt nur noch eine ganz kleine Abteilung Soldaten mit einem Furdwebel zur Materialienbewachung. Die Ueberwachung der Halle und des Flugschiffs übernimmt das **Beingartener Regiment**. Die schwimmende Halle erhält gegenwärtig eine neue Verankerung. Die Vorarbeiten hierzu sind durch **Ingenieur Kay** geleitet worden und heute soweit gediehen, daß der **2500 Zentner** schwere neue Ankerklotz morgen zur **Benutzung** (weiter seeeinwärts als bisher) gelangen wird.

Stuttgart, 29. April. Der am 4. April in Frankreich gelandete Ballon **Württemberg**, der bekanntlich von der französischen Bevölkerung arg mißhandelt wurde und von dem 130 Pfund entwendet wurden, wird, laut **Schloß Merkur**, gegenwärtig in der Ballonfabrik **Riedinger** in **Augsburg** repariert u. wird aus ihr in nächster Zeit wieder fahrtüchtig hervorgehen. Wegen der von der französischen Zollbehörde den Luftschiffern abverlangten 500 Francs wurde vom Verein beim Reichsfinanzamt, beim auswärtigen Amt in **Berlin** und bei der deutschen Botschaft in **Paris** Beschwerde eingereicht.

Stuttgart, 29. April. Oberreallehrer **Reinath**, der frühere Geschäftsführer der Nationalliberalen Partei (Deutschen Partei) **Württembergs**, hat sich bereit erklärt, das Amt eines Geschäftsführers, das er vom Sommer 1906 bis Ende des Jahres 1907 geführt hatte, wieder zu übernehmen. **Reinath** begibt sich zunächst nach **Lüdingen** behufs Abschlußes einer wissenschaftlichen Arbeit und wird mit dem Ende des Sommersemesters die Geschäfte des Parteisekretariats wieder in vollem Umfang aufnehmen.

Spaichingen, 29. April. Heute fand in **Obernheim**, hiesigen Oberamts, die **Schultheisenerwahl** statt. Von 225 Wahlberechtigten haben 210 abgestimmt. Von den abgegebenen Stimmen sind 137 auf den geprüften Verwaltungskandidaten **Zwid**, Hilfsarbeiter bei der **Bauarmenbehörde** in **Ludwigsburg** gefallen. Weitere Stimmen erhielten **Johann Martin Moser**, Bauer von **Obernheim** 48, **Fahnder Heßle** 25. **Zwid** ist somit gewählt.

